

Protokoll über die Sitzung Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven der Stadt Wilhelmshaven am Freitag, 8. November 2024, 10:00 Uhr, Sitzungszimmer TBW - Gebäude A - 1. Etage - Zi.-Nr. 1.00 , Nr. 9/2024

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke
Ausschussmitglied Birgit Holtz
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Vertreter Marvin Hager

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Walther Schäfer

Mitglied AfD-Fraktion

Aufsichtsratsvorsitzender Thorsten Moritze (fehlte entschuldigt)

Bedienstetenvertreter

Bedienstetenvertreter Werner Bolinius
Bedienstetenvertreter Günter Friedrichs
Bedienstetenvertreterin Linda Stehle

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Marion Reiners

Externer Vertreter

Norbert Weinberg

Verwaltung

Dezernent Stadtbaurat Niksa Marušić (ab 10:03 Uhr)
Stellv. Techn. Betriebsleiterin Maike Schun
Kfm. Betriebsleiter Holger Kullik
Protokollführerin Anja Gutknecht
Abteilungsleitung Kaufm. Abteilung Finanzen Controlling Iskender Evin
Abteilungsleitung Stadtgrün / Friedhöfe Stefan Pallaske (ab 11:15 Uhr)
Abteilungsleitung Abfallwirtschaft Thomas Wolanski

Als Gast

Firma Göken, Pollak & Partner Herr Metin Pencereci (bis 11:12 Uhr)
Wirtschaftsförderung, Regionalmanager für Wilhelmshaven und LK Friesland Herr Stefan Schwanke (bis 11:33 Uhr)
Heimes Stadtplanung + LandschaftsArchitektur Herr Dipl.-Ing. Ulrich Heimes (ab 11:15 Uhr)

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.09.2024
- 3 Beschluss über die Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland **279/2024**
 - 4.2 Jahresabschluss 2023 Technische Betriebe Wilhelmshaven **284/2024**
 - 4.3 Öffentlich-rechtlicher Vertrag OOWV/Stadt Wilhelmshaven über das Einleiten von Abwasser der Stadt Schortens in die Zentrale Kläranlage Wilhelmshaven **286/2024**
 - 4.4 Antrag der SPD- Fraktion: Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze **549/2024**
 - 4.5 Antrag Gruppe "Die BUNTEN": Ökologische Aufwertung und Klimaanpassung in Wilhelmshaven - Konzepte, Förderung und Errichtung von Mini-Wäldern und Hitzeschutzmaßnahmen in Wilhelmshaven - **556/2024**
 - 4.6 Antrag SPD-Fraktion: Änderung und Erweiterung der Friedhofssatzung **560/2024**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Verbesserung von Baumquartieren im Straßenraum (anhand von Beispielen)
 - 5.2 Halbjahresbericht TBW 2024
 - 5.3 Informationen zu Fragen/Themen aus der vorherigen BTBW-Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende **Herr Becker** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.09.2024

Der Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.09.2024 wurde **10 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **3 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Herr Becker begrüßt **Herrn Schwanke** von der Wirtschaftsförderung und **Herrn Pencereci** von der Firma Göken, Pollak & Partner.

3 Beschluss über die Tagesordnung

Frau Schun zog den Antrag zurück:

Der TOP 4.3 Öffentlich-rechtlicher Vertrag OOWV/Stadt Wilhelmshaven über das Einleiten von Abwasser der Stadt Schortens in die Zentrale Kläranlage Wilhelmshaven

Der geänderten Tagesordnung wurde mit **13 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0**

x Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Herr Marušić betrat um 10:03 Uhr die Sitzung.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland

279/2024

Herr Schwanke erläuterte das Thema anhand einer Präsentation.

Herr Brandt hinterfragte, warum die Strategie nicht im Personal- und Gleichstellungsausschuss vorgestellt wird. Unter diversen Punkten sind Bereiche angesetzt, die diesen Ausschuss betreffen. Aus diesem Grund erfolgt für diese Vorlage keine Zustimmung.

Herr Brandt erkundigte sich außerdem, wer sich die „*Experten*“ ausgesucht und als solche deklariert hat.

Ebenfalls empfand **Herr Brandt** die Formulierung unter Punkt V: „*Jeweils 2 Mitglieder der Fachausschüsse in Wilhelmshaven und Friesland*“ als irritierend.

Herr Marušić erklärte, dass es im Personal- und Gleichstellungsausschuss um die Personalien der Stadt Wilhelmshaven geht.

Herr Brandt wendete ein, dass die Gleichstellung zu kurz kommt in Bezug auf Nachhaltigkeit, Inklusion, Vielfalt der Gesellschaft, lt. Beschlussvorlage und der Erläuterung durch **Herrn Schwanke**.

Herr Marušić nahm dies zur Kenntnis und wird den Punkt in der kommenden Woche im Personal- und Gleichstellungsausschuss unter Mitteilungen und Anfragen aufnehmen.

Herr Marušić führte weiter aus, dass die Auswahl der Experten auf die Menschen fiel, die in den Arbeitskreisen der Wirtschaftsförderung sehr aktiv sind und sich in letzter Zeit stark eingebracht haben. Sie sind in den Handlungsfeldern der Beiräte der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und haben gezeigt, dass sie sich um die Themen kümmern.

Die Auswahl ist auf Mitbürger und Bürgerinnen gefallen, die durch ihre Expertise und ihr hohes Engagement aufgetreten und aufgefallen sind und sich angeboten haben hier für dieses Ehrenamt mitzuarbeiten. Ausdrücklich sollen es nicht die Akteure sein, die bereits in Politik und Verwaltung tätig sind. Es soll ein beratendes Gremium außerhalb der Verwaltung und außerhalb der Fachexpertise sein, das mit einem anderen Blick auf diese Strategie und auf die Projekte schaut und berät.

Herr Brandt erkundigte sich erneut, wer die „*Experten und Expertinnen*“ ausgesucht hat.

Herr Marušić informierte, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft aus dem

Prozess heraus über Beteiligte und Engagierte in den Fachbeiräten den Vorschlag unterbreitet hat. Die gesamte Aufgabe Strategie in Papier/Strategieentwicklung wurde in der Gesellschaft von **Herrn Leonhardt** und **Herrn Schwanke** entwickelt.

Herr Schwanke fügte hinzu, dass mit der Formulierung zwei politische Vertreter aus Wilhelmshaven und zwei politische Vertreter aus Friesland gemeint sind. Aus welchem Fachausschuss die Stadt Wilhelmshaven oder der Landkreis Friesland entsendet, liegt nicht in der Hand der Wirtschaftsförderung, dies entscheidet der Rat.

Herr Marušić ergänzte, dass der Lenkungsausschuss seinerseits so gebildet wurde, dass der Ausschussvorsitzende für Finanzen und Wirtschaft und der Ausschussvorsitzende für Planen und Bauen entsandt wurde. Es obliegt jedoch dem Rat, zwei politische Mitglieder zu entsenden.

Herr Brandt bekräftigte, dass der Wählerwille widerspiegelt wird und deshalb die Verwaltungsausschuss-Mitglieder komplett in den Ausschuss gehören.

Frau Mandt bedankte sich, dass die Vita-Erklärungen zu den Personen so schnell vollständig, bis auf Kleinigkeiten, vorlagen.

Frau Mandt brachte an, dass die Begrifflichkeiten in den Unterlagen der Strategiepapiere auf Seite 14 unter Punkt *„Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus“* *„medizinische Grundversorgung“* sehr unglücklich gewählt sind und bat um Änderung der Vorlage. Ziel ist die Realisierung von Schwerpunktversorgung, keine Grundversorgung in der Region.

Frau Mandt erwiderte auf den Vorschlag von **Herrn Brandt** bzgl. der Teilnahme des vollständigen Verwaltungsausschusses, dass dies ein enormer Arbeitsaufwand und die bisherige Handhabung mit zwei Vertretern in der Lenkungsgruppe gut sei und so beibehalten werden sollte.

Herr Fischer merkte an, dass es sich hier nicht um ein Entscheidungsgremium handelt und es keine festen Entscheidungskriterien sind, hier geht es um Leitlinien und Prozessfindung. Es wird zunächst eine Strategie entwickelt und mit strategischen Oberzielen definiert, an denen sich entsprechend die Anträge orientieren.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist es ebenfalls, dass dies auch über „Kohlestruktur“ hinaus wirke - diese Arbeit sei nicht nur für die 157 Mio. Der Fördermittelgeber erwartet dies, andere Kohlestrukturregionen haben ähnliche Papiere erstellt.

Herr Fischer dankte ebenfalls der Wirtschaftsförderung, die mit viel Engagement und Unterstützung der Beiratsmitglieder die Strategie entwickelt hat. Andere Kommunen haben dies teilweise als Gutachten teuer eingekauft. Großartig sei ebenso, dass viel Bürgerbeteiligung eingeflossen sei und die Bürger weitgehend die gleichen Anmerkungen und Ziele wie die Politik und Wirtschaft formuliert haben. Das deutet darauf hin, dass dies sehr konsentiert ist in den strategischen Zielen.

Die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW wird dem Beschlussvorschlag auf jeden Fall zustimmen.

Herr Fischer mahnte davor, die Meinung nicht an einzelnen Personen öffentlich festzumachen, sondern die Bereitschaft und Expertise von hoch engagierte Bürgern zu nutzen. Letztendlich obliegt dem Rat die Entscheidung.

Herr Becker befürwortete die Äußerungen von **Herrn Fischer**. Wir sollten dankbar sein, engagierte Mitbürger und Mitbürgerinnen zu haben und mahnte dies einzeln zu hinterfragen, ob jemand im Ehrenamt geeignet ist.

Herr Brandt stellte klar, dass nichts gegen die Leute spricht, die sich ehrenamtlich engagieren und viel Zeit investieren. Lediglich verwundert sei er über das Ehrenamt im Vergleich zu dem was die Personen eigentlich tun. Ebenso ging es lediglich darum, wer die Leute ausgesucht hat. Nochmals betonte **Herr Brandt**, dass es nicht gegen die Leute geht.

Herr Suberg merkte an, dass man für jeden ehrenamtlich tätigen Bürger dankbar sein muss, da dieses Engagement immer mehr abnimmt.

Der **Beschlussvorlage** wurde **mit 9 x Ja-Stimmen, 0 x Nein-Stimmen und 4 x Enthaltung einstimmig zugestimmt.**

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

- I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit dem Landkreis Friesland die gemeinsame Strategie für die „Grüne Region am Meer“ (Anlage A). Sie basiert auf folgenden strategischen Zielen:
 1. Wir sind eine offene Gesellschaft mit einem starken Engagement für Mensch, Natur und Kultur.
 2. Wir erkennen relevante Transformationsprozesse und nutzen die sich daraus ergebenden Chancen.
 3. Wir sorgen für Lebensqualität, Wohlbefinden und touristische Erlebnisse.
 4. Wir sorgen für eine hochwertige und inklusive Bildung in der Region.
 5. Wir sorgen für Wertschöpfung in der Region und etablieren eine starke, nachhaltig agierende Wirtschaft.
 6. Wir verstärken die Zusammenarbeit in einer vernetzten und zugänglichen Region.
 7. Wir nehmen unsere besondere Verantwortung für das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer aktiv wahr.
- II. Benannte Projekte und Projektideen haben keine Bindungswirkung für den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern benannten Leuchtturmprojekte ist vorrangig und prioritär zu prüfen.

- III. Für die Umsetzung der Strategie werden die im beigefügten Strategiedokument benannten Strukturen und Prozesse beschlossen. Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die Gremien eingebracht. Die Verwaltungen koordinieren in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH die Strategieumsetzung.
- IV. Die Strategie gilt für einen Zeitraum von sechs Jahren. Im sechsten Jahr ist auf Basis einer Evaluation durch den Rat über eine Fortschreibung zu entscheiden
- V. Dem Strategierat gehören an:
- Vorsitzende/r
 - Handlungsfeldverantwortliche
 - Projektleiter Regionalmanagement
 - Hauptverwaltungsbeamte Wilhelmshaven und Friesland
 - jeweils zwei Mitglieder der Fachausschüsse in Wilhelmshaven und in Friesland

Für den Vorsitz und als Handlungsfeldverantwortliche werden für den Strategiezeitraum folgende Personen benannt:

Handlungsfeld	Verantwortliche/r
Vorsitz	Dr. Eva Maria Haarmann
1 - Gesellschaft, Engagement und Zusammenhalt	Ali Kara-Ali
2 – Chancen der Transformation	Prof. Dr. Karsten Oehlert
3 - Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus	Anke Hieronymus
4 – Wissenschaft, Bildung und Fachkräfte	Anke Theiler
5 - Wertschöpfung und Wirtschaft	Britta Bartels
6 - Mobilität und Verkehrswende	Hans-Bernd Kamps
7 - Verantwortung Weltnaturerbe	Michèle Gürth

Der Strategierat gibt sich eine Geschäftsordnung, welche den Gremien zur Kenntnis gegeben wird.

4.2 Jahresabschluss 2023 Technische Betriebe Wilhelmshaven**284/2024**

Herr Pencereci erläuterte anhand der Anlage „Bericht über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2023“ und den „Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023 (TBW)“ die einzelnen Positionen zur Information.

Herr Brandt informierte über einen Darstellungsfehler. -315 €, statt T-315 € sind dargestellt.

Herr Pencereci bestätigte den Darstellungsfehler. Es handelt sich um ein Minus von T-315 €.

Herr Brandt bat um Erklärung bzgl. einer Prozentzahl bei der Darstellung der Veränderungen.

Herr Pencereci erklärte, dass es sich um die Prozentzahl Veränderungen im Verhältnis zum Vorjahr handelt.

Herr Kullik erläuterte ergänzend, dass im Jahresabschluss des Eigenbetriebes erstmalig ein negatives Ergebnis vorliegt. Bereits mit Beschluss über den Wirtschaftsplan 2023 wurde ein negatives Planergebnis von 686T€ € prognostiziert, welches im Ergebnis allerdings verbessert werden konnte. Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen könnten sich aber künftig die Ergebnisse den prognostizierten (negativen) Planergebnissen voraussichtlich weiter annähern. Einer Verringerung des Eigenkapitals könne man u.a. durch die Vermeidung negativer Jahresergebnisse entgegenwirken.

Herr Kullik ergänzte zur Frage der Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote, dass sich diese in einer Größenordnung von rd. 4,4 Mio€ auf nunmehr 43,4% verringert habe. Eigen- und Fremdkapital sollen gemäß Eigenbetriebsverordnung Niedersachsen in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. Es könne davon auszugehen sein, dass kreditgebende Banken künftig auch auf diese Kennzahl schauen, was für die Finanzierung von Investitionen des Eigenbetriebes bedeutsam sei.

Herr Kullik gab den Dank an den verwaltungs- und kaufmännischen Bereich an Herrn Evin und seine Kollegen und Kolleginnen weiter.

Herr Marušić bedankte sich ebenfalls bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, insbesondere im Finanzbereich und der Betriebsleitung.

Herr Marušić fasste zusammen, dass der Kernhaushalt entweder die Zuschusszahlungen an den Eigenbetrieb anpassen muss oder ggf. Leistungen reduziert werden müssten. Der Zuschussbedarf steigt hier ebenso wie bei einigen Tochtergesellschaften, da die abgeforderten Leistungen stetig kostenintensiver würden. Der seit einigen Jahren feststehende Betrag sollte angepasst werden, da die Gewinnrücklagen nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden seien.

Herr Fischer richtete ebenfalls seinen Dank an die Leitung und kaufmännische Abteilung aus Richtung Politik. Bislang legte die TBW immer sehr solide und gute Zahlen vor. **Herr Fischer** betonte, dass aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen Land und Bund handeln und hier eine gemeinsame Lösung gefunden werden muss.

Herr Friedrichs befürwortete die Worte von **Herrn Fischer** und betont die Wichtigkeit der Anhebung der finanziellen Unterstützung durch Land und Bund.

Auf Nachfrage von **Herrn Friedrichs** erläuterte **Herr Kullik** die Bedeutung der uneingeschränkten, jederzeitigen Zahlungsfähigkeit für den Eigenbetrieb.

Frau Mandt bedankte sich ausdrücklich bei den Mitarbeitern von TBW für ihre gute Arbeit.

Herr Walzner äußerte seine Bedenken bzgl. Gebührenerhöhungen, was den einzelnen Bürger enorm belastete oder auch entsprechende Einschränkungen der Leistungen von TBW. Ständig steigende Kosten in allen Bereichen ginge zu Lasten jedes Einzelnen.

Herr Kullik informierte ergänzend, dass das negative Ergebnis des Eigenbetriebes nicht aus den gebührenfinanzierten Bereichen stammen würde, da in diesen Bereichen das Kostendeckungsprinzip zur Anwendung käme. Die negative Ergebnisentwicklung betreffe ausschließlich die zuschusspflichtigen Bereiche bei TBW.

Herr Becker schloss sich dem Dank seiner Vorredner ebenfalls an.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **13 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2023 wird gemäß Abschlussprüfung der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresfehlbetrag von 315.376,97 € beschlossen (festgestellt).
2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 35 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 315.376,97 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

4.3 Öffentlich-rechtlicher Vertrag OOWV/Stadt Wilhelmshaven über das Einleiten von Abwasser der Stadt Schortens in die Zentrale Kläranlage Wilhelmshaven **286/2024**

Bei der Feststellung der Tagesordnung zurückgezogen.

Beschluss: -zurückgezogen-

1. Der Rat stimmt dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (Anlage) zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem OOWV zu.
2. Nach Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages wird die Verwaltung ermächtigt mit der Stadt Schortens einen Aufhebungsvertrag über die Zweckvereinbarung „Einleiten von Abwasser aus dem Bereich der Stadt Schortens in die zentrale Kläranlage Wilhelmshaven“ zu schließen.

4.4 Antrag der SPD- Fraktion: Fahrradbügel für das Nautimo, 549/2024
Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude,
Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze

Frau Holtz trug den Antrag vor.

Frau Schun erkundigte sich, warum der Antrag nicht im Ausschuss der GGS vorliegt, das Nautimo und Rathaus inklusive Parkplatz und Flächen gehöre der GGS.

Herr Becker schlug eine redaktionelle Änderung vor.

An der anschließenden Diskussion über die weitere Vorgehensweise beteiligten sich **Frau Mandt, Herr Walzner, Herr Becker** und **Frau Holtz**.

Herr Brandt sprach sich dafür aus - unabhängig der Zugehörigkeit TBW oder GGS - derartige Anfragen als einen Allgemeinantrag zu sehen. Fahrradbügel sollten grundsätzlich Standard sein und entsprechend sukzessive an öffentlichen Standorten nach- bzw. aufgerüstet werden sollten.

Herr Pallaske und Herr Heimes betraten um 11:15 Uhr die Sitzung

Herr Baruschke stimmte **Herrn Brandt** zu. Beim Marktplatz in Fedderwardengroden wurden Fahrradbügel nachgerüstet, die sehr aktiv genutzt werden.

Frau Mandt schlug vor den Antrag hier zurückzuziehen, da dieser nicht im GGS Ausschuss beraten wurde, anschließend dem Finanzausschuss und dann dem Rat vorzulegen. Ebenso sollte der Antrag konkretisiert werden, da dieser sehr allgemein gehalten ist.

Frau Holtz teilte mit, dass der Antrag überarbeitet und detaillierter ausgearbeitet wird.

Herr Marušić befürwortete den Antrag und pflichtete bei, dass er sehr pauschal

gehalten ist. Für die anstehenden Klausurberatungen ist es sinnvoll, ein konkretes Budget festzusetzen und danach entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Fischer, Becker, Brandt** und **Frau Mandt**.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **8 x Ja**-Stimmen, **1 x Nein**-Stimmen und **3 x Enthaltung** mehrheitlich zugestimmt.

1 Stimme fehlt

Beschluss: **-mehrheitlich zugestimmt-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, es sollen Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze aufgestellt.

Begründung:

Häufig sind beim Besuch des Schwimmbades Nautimo oder dortigen Veranstaltungen alle Laternen, höheren Straßenschilder mit Fahrrädern belegt.

Problem ist, viele Fahrräder haben inzwischen ein festes Ringschloss, welches mit der Mitte des Fahrrades unterhalb des Sattels verbunden wird. Somit können die Fahrräder nur liegend an die vorhandenen niedrigen Fahrradständer angeschlossen werden.

Da viele E-Bike Nutzer eine Versicherung haben, welche eine Zahlung nur gewährleistet, wenn die Fahrräder an einen festen Gegenstand Laterne etc. angebunden werden, kommt es zur Nutzung der Straßenschilder und der Laternenpfähle.

Daher setzt sich die SPD für das Aufstellen von Fahrradbügeln ein.

4.5 Antrag Gruppe "Die BUNTEN": Ökologische Aufwertung und Klimaanpassung in Wilhelmshaven - Konzepte, Förderung und Errichtung von Mini-Wäldern und Hitzeschutzmaßnahmen in Wilhelmshaven **556/2024**

Herr Walzner informierte, dass ihm keine Unterlagen vorliegen.

Frau Mandt stellte darauf einen Nichtbefassungsantrag.

Herr Brandt gab seine Zustimmung zum Nichtbefassungsantrag und bekundete sein Bedauern, dass sich mit Thema nicht befasst werden kann.

Herr Fischer befürwortete ebenfalls den Nichtbefassungsantrag und hinterfragte, ob der Antrag sinnvoll ist, da es an der fachlichen Ausführung des Antrages sowie an der Methode erhebliche Zweifel gibt.

Dem Nichtbefassungsantrag wurde mit **11 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltungen einstimmig zugestimmt.**

Beschluss: **-nicht befasst-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb von sechs Monaten (Sitzung des Rates im Februar 2025) geeignete städtische Flächen zu identifizieren, die für die Errichtung von Mini-Wäldchen (Tiny Forests) z.B. nach dem Vorbild der Miyawaki-Methode geeignet sind. Dabei sollen insbesondere Flächen berücksichtigt werden, die im Rahmen des bereits beschlossenen Entsiegelungsprogramms verfügbar gemacht werden können.
2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, innerhalb derselben Frist ein Konzept zur ökologischen und klimatischen Aufwertung von Flächen zu entwickeln. Das Konzept soll zudem folgende Punkte beinhalten:
 - a. Hitzeschutzkonzept: Entwicklung eines Hitzeschutzkonzepts für die Stadt Wilhelmshaven, das Maßnahmen zur Reduzierung des Hitzeinseleffekts, die Schaffung von kühlen Rückzugsorten und die Integration von grünen Infrastrukturen vorsieht.
 - b. Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität und Biodiversität: Förderung der biologischen Vielfalt und Verbesserung der Luftqualität durch gezielte Bepflanzung.
 - c. Regenwasserbewirtschaftung: Integration von Strategien zur Regenwasserbewirtschaftung, einschließlich der Nutzung von entsiegelten Flächen zur Verbesserung der Wasseraufnahme und -speicherung. (Schwammstadt)
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das erarbeitete Konzept nach Ablauf der Frist dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
4. Um die nachhaltige Finanzierung des Projekts sicherzustellen, werden die hierfür benötigten finanziellen Mittel aus dem Kohlestrukturfonds sowie anderen möglichen Förderprogrammen beantragt und verwendet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die lokale Bevölkerung aktiv in die Planung und Umsetzung einzubeziehen, um das Bewusstsein für Klimaschutz und ökologische Stadtentwicklung zu stärken.
6. Die Fortschritte und Ergebnisse des Projekts werden nach Beschlussfassung mindestens vierteljährlich dem Rat der Stadt Wilhelmshaven vorgestellt, um Transparenz und eine kontinuierliche Bewertung sicherzustellen.
7. Die Verwaltung stellt bis zur Sitzung des Rates im September 2024 eine Projektplanung vor.

Begründung:

angesichts der fortschreitenden Auswirkungen des Klimawandels

stehen auch wir als Stadt Wilhelmshaven vor der dringenden Aufgabe, unsere urbanen Lebensräume nachhaltig und widerstandsfähig zu gestalten. Insbesondere in Küstenorten wie Wilhelmshaven, die durch ihre geografische Lage besonders anfällig für die Folgen von Starkregenereignissen aber auch zunehmender Hitzeperioden sind, müssen wir präventiv handeln, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger langfristig zu sichern.

Aktuelle Untersuchungen, wie der „Hitzecheck“ der Deutschen Umwelthilfe, zeigen deutlich, dass städtische Gebiete immer stärker von Hitzeinseln betroffen sind. Diese Hitzebelastungen gefährden nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auch die städtische Infrastruktur. Gleichzeitig belegen Studien, dass Starkregenereignisse, die in Küstenregionen wie unserer zunehmend häufiger und intensiver auftreten, erhebliche Risiken für Überflutungen und Infrastruktur-Schäden mit sich bringen.

Vor diesem Hintergrund und in Ergänzung zu unserem bereits beschlossenen Programm zur Entsiegelung von Gemeindeflächen legen wir Ihnen einen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vor, der die Errichtung von Mini-Wäldchen (Tiny Forests) nach der bewährten Miyawaki-Methode auf diesen entsiegelten Flächen vorsieht. Diese Maßnahme zielt nicht nur darauf ab, die Biodiversität und Luftqualität in unserer Stadt zu verbessern, sondern auch die urbanen Hitzelasten zu reduzieren und eine effektive Regenwasserbewirtschaftung zu fördern. Durch die Kombination von Entsiegelung und gezielter Bepflanzung können wir die positiven Effekte für unser Stadtklima maximieren und die Resilienz unserer Stadt gegenüber klimatischen Extremereignissen deutlich erhöhen.

Wir bitten Sie, diesem Antrag Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und damit gemeinsam einen wichtigen Schritt in Richtung einer klimaresilienten und lebenswerten Stadt Wilhelmshaven zu gehen.

4.6 Antrag SPD-Fraktion: Änderung und Erweiterung der Friedhofssatzung **560/2024**

Herr Baruschke trug den Antrag vor und ergänzte, dass es hier um eine leichte Änderung der Satzung handelt – eine gewisse Duldung von Schmuckelementen soll gestattet werden.

Frau Mandt beanstandete, dass der Antrag in keiner Weise schlüssig ist und sich in §19 Abs. 5 und §19 Abs. 7 widerspricht. Grundsätzlich sollte es nicht nur das Recht desjenigen geben, der eine Gemeinschaftsanlage oder eine Baumgrabstätte hat und der dort etwas hinstellen möchte, sondern auch das Recht desjenigen, der schlicht bestatten möchte. Ebenfalls ergänzte **Frau Mandt**, dass es nicht richtig erscheint, dass denen, die nicht die gleichen finanziellen Aufwendungen tätigen wollen wie andere, das gleiche Recht einzuräumen und darüber hinaus die Versorgung für die Mitarbeiter zu erschweren. **Frau Mandt** wird diesen Antrag ablehnen.

Herr Bolinius schilderte, dass er ebenfalls den Antrag ablehnen wird, mit der

Begründung, dass eine gute Satzung vorliegt, die eindeutig und schlüssig ist. Ebenfalls besuchen die wenigsten Angehörigen die Grabstätte ihrer Angehörigen in der Häufigkeit, sodass Informationen, die 48 Stunden vorher bekannt gegeben werden, untergehen.

Herr Hager widersprach der Äußerung von **Frau Mandt**. Der Antrag widerspricht sich keinesfalls. Ziel mit der Änderung zur Gräberdekoration soll nicht sein, dass noch mehr aufgestellt wird. Ziel ist in einem gewissen Rahmen mögliche individuelle und persönliche Grabgestaltung. Angesprochen werden sollen die Angehörigen, die häufiger die Grabstellen besuchen.

Herr Walzner unterstützte die Ausführungen von **Herrn Hager** und forderte mehr Verständnis und Rücksichtnahme seitens der Friedhofsverwaltung für die Trauernden.

Herr Fischer legte dar, dass es sich hier nicht mit Satzungsänderung handelt, sondern um ein grundsätzliches Problem. Erreicht werden soll ein sensibler Umgang mit Trauernden, was nicht durch eine Änderung erreicht wird, sondern durch Öffentlichkeitsarbeit, Umgang im Alltag, Diskussion in der Gesellschaft und das Hinzuziehen der Presse. Gemeinsam sollte sich vergewissert werden, was können und wollen wir machen. Das wirkt in Richtung Bürger und Bürgerinnen und auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Ebenso birgt das Öffnen der Gestaltungsmöglichkeiten neue Konflikte über die Beurteilung von satzungskonformer Grabgestaltung und nicht satzungskonformer Gestaltung.

Es folgte eine Pause von 11:33 bis 11:45 Uhr.

Herr Schwanke verließ um 11:33 Uhr die Sitzung.

Frau Schun bestätigte die Aussagen von **Herrn Fischer**. Und verwies auf die dann unübersichtliche Handhabung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort und bat um detailliertere Angaben, sollte dem Antrag stattgegeben werden.

Frau Stehle stimmte den Angaben von **Herrn Fischer** und **Frau Schun** zu.

Herr Friedrichs befürwortete die Angaben von **Herrn Fischer** ebenfalls.

Herr Baruschke begründete den Antrag abschließend damit, dass etliche Bürger und Bürgerinnen auf ihn zugekommen sind, die ähnliches erlebt haben und sprach sich deutlich für den Änderungsantrag aus. **Herr Baruschke** betonte ausdrücklich, dass die Presse um einen anderslautenden Bericht gebeten wurde, Ziel war es nicht, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Friedhofsverwaltung anzugreifen und zu denunzieren.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **4 x Ja**-Stimmen, **8 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Friedhofssatzung wie folgt:

Änderung

§16 (8) Grabmale, Einfassungen oder sonstige bauliche Anlagen jeglicher Art dürfen nicht errichtet werden. Bei Baumwahlgrabstätten sind verwelkte Blumen von dem Nutzungsberechtigten zu entfernen.

Neu:

§19 (5) Dekorationselemente wie Bilder, Kerzen und andere kleine Elemente der individuellen Erinnerungs- und Trauerkultur werden auch auf Gemeinschaftsanlagen und Baumgrabstätten geduldet, insofern sie nicht die Zugänglichkeit der Grabstätte, das gepflegte Erscheinungsbild dieser oder in sonstiger Weise stören.

§19 (6) Ist das Abräumen von Dekorationen durch die Friedhofsverwaltung erforderlich, ist dies 48 Stunden vor Beginn der Maßnahme durch diese formlos über ein Informationsschild an der Grabstelle anzukündigen. Dies gilt nicht für verwelkte Blumen, ausgebrannte Kerzen und solche Dekorationen, von der eine Gefahr oder eine grobe Störung des Friedhofsbildes ausgeht.

§19 (7) Bei der Auswahl einer Grabstätte sind die Vertragsunterzeichner gegen Unterschrift darüber zu informieren, dass die individuelle Gestaltung von Grabstätten bei Gemeinschaftsanlagen und Baumgrabstätten nicht vorgesehen ist.

Begründung

In jüngster Zeit gab es mehrere Vorfälle auf den Friedhöfen in Wilhelmshaven, die für erhebliche Unruhe und emotionalen Schmerz bei den betroffenen Angehörigen gesorgt haben. Insbesondere die Entfernung von persönlichem Grabschmuck durch die Friedhofsverwaltung ohne vorherige Ankündigung hat zu Entsetzen und Unverständnis geführt, wie dies zuletzt in einem Bericht der *Wilhelmshavener Zeitung* aufgezeigt wurde.

Persönliche Gegenstände wie Kerzen, Bilder oder kleine Figuren haben einen hohen emotionalen Wert für die trauernden Angehörigen. Sie sind ein Ausdruck individueller Trauerkultur und helfen den Hinterbliebenen, auf ihre Weise Abschied zu nehmen und die Erinnerung an die Verstorbenen zu bewahren. Das unerwartete Entfernen dieser Gegenstände durch die Friedhofsverwaltung ist nicht nur ein empfindlicher Eingriff in das Trauerrecht der Angehörigen, sondern wird von vielen auch als respektlos und unwürdig empfunden. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, einen angemessenen

Kompromiss zwischen den notwendigen Pflegeanforderungen der Friedhöfe und den berechtigten Interessen der Angehörigen zu finden. Durch die Erweiterung von §19 der Friedhofssatzung wird klar definiert, dass Dekorationselemente auf Gemeinschaftsanlagen und Baumgrabstätten grundsätzlich geduldet werden, solange sie nicht das Erscheinungsbild oder die Zugänglichkeit beeinträchtigen. Dies schafft Klarheit und verhindert zukünftige Missverständnisse.

Zudem wird durch die Einführung einer Informationspflicht bei geplanten Maßnahmen zur Entfernung von Grabschmuck die Transparenz erhöht und den Angehörigen die Möglichkeit gegeben, sich rechtzeitig um den Erhalt der Gegenstände zu kümmern. Diese Frist von 48 Stunden stellt sicher, dass solche Maßnahmen nicht mehr überraschend und ohne Vorwarnung erfolgen, was den emotionalen Schaden für die Angehörigen erheblich verringern könnte.

Abschließend soll die verpflichtende Aufklärung der Vertragsunterzeichner über die Regelungen zu Grabgestaltungen bei der Auswahl der Grabstätte Missverständnisse von Anfang an vermeiden. Diese präventive Maßnahme sorgt dafür, dass die Angehörigen bereits bei Vertragsabschluss darüber informiert sind, was bei bestimmten Grabstätten erlaubt ist und was nicht.

Der Antrag dient daher dem Schutz der Trauerkultur in Wilhelmshaven, der Wahrung des Friedens auf den Friedhöfen und der Vermeidung von Konflikten zwischen Verwaltung und Angehörigen. Wir bitten daher um die Zustimmung zu diesem Antrag.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Verbesserung von Baumquartieren im Straßenraum (anhand von Beispielen)

Frau Schun führte in das Thema ein und betonte, dass der Antrag eigentlich nicht in den Ausschuss müsste, da es zum Kerngeschäft der TBW gehört, sich um Wege, Wegebau und Grünanlagen zu kümmern. Ziel ist es, für Entscheidungen von Baumaßnahmen (u. a. Verlegung und Verengung von Gehwegen), mit denen ggf. nicht jeder Bürger einverstanden ist, zu werben.

Her Pallaske ergänzte die Ausführungen von **Frau Schun**.

Herr Heimes stellte die Präsentation anhand von Fallbeispielen vor.

Herr Brandt sprach sich vehement gegen die Verlegung des Radweges auf die Straße aus. Es sei lebensgefährlich dies in dem Bereich umzusetzen. Der Radweg muss separiert, durch Begrünung und durch Setzen einer Hecke von der Straße klar abgetrennt sein.

Herr Heimes informierte, dass die neue StVO der Kommune in Bezug auf „Radwege auf die Straße“ ganz neue Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Die Option wurde in Wilhelmshaven schon häufig umgesetzt.

Herr Fischer widersprach **Herrn Brandts** Ausführungen, da die objektiven und weltweiten Daten zu Unfallforschungsergebnissen von Fachleuten und Fahrradverbänden sich deutlich für das Fahren von Fahrräder auf die Straße aussprechen. Die Fahrradwege befinden sich in einem desolaten Zustand und sind somit aktuell unfallfördernd.

Frau Reiners sprach sich für den derzeitigen Verbleib des Radweges aus, wünschte sich aber dennoch eine Verschönerung der Wege.

Herr Becker wies darauf hin, dass es sich hier lediglich um einen Vortrag bzgl. der Maßnahme handelt, nicht um einen Beschluss. Sollte die Baumaßnahme kommen, wird sie dem Ausschuss vorgelegt.

Herr Heimes setzte seine Präsentation fort.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Fischer, Suberg, Brand** und **Frau Mandt**.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.2 Halbjahresbericht TBW 2024

Herr Kullik bat um kurzfristige Vorstellung des Halbjahresberichts anhand einer PowerPoint Präsentation.

Herr Brandt schlug vor, die Unterlagen vorab zu veröffentlichen, und in der nächsten Sitzung zu besprechen.

Dies befürworteten ebenfalls die **Herren Walzner, Becker, Fischer** und **Frau Mandt**.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.3 Informationen zu Fragen/Themen aus der vorherigen BTBW-Sitzung

Frau Schun beantwortete die Fragen zu folgenden Themen:

- Störtebeker Straße wird als Fahrradroute genutzt
Weitergabe erfolgte an den FB36/Herrn Lachmund, sobald es dort Ergebnisse gibt, werden diese mitgeteilt.
- Kreuzung Werftstraße, ab Peterstraße Richtung Süden – kritisch für Radfahrer.
Weitergabe erfolgte an die FB61 und FB36
- Radweg Friesendamm schlechter Zustand
Der Auftrag wurde erteilt. Ein erster Abschnitt wird ab der Straße Zum Ölhafen bis zur Maade-Klappbrücke in 2024 hergestellt. Vorbereitende Arbeiten finden hierzu bereits statt. Der zweite Abschnitt bis zur Arthur-

Grunewald-Straße wird 2025 ausgeführt.

- Ankerstraße kein Bürgersteig vorhanden
Sobald die Stadtplanung die Gehwegplanung an TBW übergeben hat, werden die Ausschreibungsunterlagen erstellt und die Vergabe angeschoben. Die Herstellung des Gehweges wird in 2025 erfolgen.
- Seediekstraße: Prüfung Option Einbahnstraße
Thema von FB36/Herr Lachmund und FB61/Herr Heintz – sobald eine Rückmeldung vorliegt, werden diese mitgeteilt.
- Öffentliche Beleuchtung veraltet und teilweise defekt Südstrandpromenade und Börsenplatz
Provisorische Beleuchtung am Ausgang des Küstenmuseums und unter den Arkaden ist installiert. Aufgrund von großen Lieferschwierigkeiten der Beleuchtung hat sich die Installation enorm verschoben. Demnächst sollte diese zu mindestens teilweise erneuert werden.
- Ahrstraße/Wupperstraße: regelmäßiger Verkehr entgegen der Einbahnstraße
Dies wird im Rahmen der Alltagskontrollen durch die Polizei überprüft
- Schilder aufstellen Coldeweier Weg – Kreuzung zum Maade Radweg
Seitens der Verkehrslenkung sind dort 4 Piktogramme aufgebracht worden
- Aufstellen Abfallbehälter + Bänke Kreuzung Coldeweier Weg/ BRN Maade
Wurde geprüft: Weg inkl. Nebenanlagen liegt im LSG, FB36 lehnt Aufstellung von Bänken ab (Bereich direkt im FFH-Gebiet, keine weiteren Störungen, Verweis auf vorhandene Park- und Grünlagen)
- Börsenstraße Einfahrt Sparkassenparkplatz – Reihe Steine fehlen
Anlieger ist verantwortlich, da es sich hier um keine öffentliche Fläche handelt. Anlieger ist schriftlich aufgefordert worden, den Missstand zu beheben.
- Rechtl. Prüfung Bügel vor Fahrradstation entfernen
Prüfung erfolgt über FB 36/Hr. Lachmund

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

Ende der Sitzung 12:48 Uhr

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

gez.

Dezernent

gez.

Vorsitzende/r

gez.

Protokollführer/in